

ZUKUNFT DER GESELLSCHAFT

Keine Antwort auf die großen Fragen

Die Gesellschaft befindet sich in großer Orientierungsnot, doch die Politiker flüchten sich in situatives Krisenmanagement. Solange in den wichtigen strategischen Fragen Sprachlosigkeit herrscht, werden die Bürger Politik und Medien allerdings weiter misstrauen



VON WERNER
WEIDENFELD

Das situative Krisenmanagement der Politik kennzeichnet und prägt derzeit die Lage der Gesellschaft. Die Menschen empfinden sich mehr und mehr als einfluss- und machtlos. Wir leben eben in einer „Ära der Konfusion“. Das Grundproblem ist die Orientierungsnot der Gesellschaft. Mehr als 70 Prozent der Befragten sagen in Umfragen, sie verstünden das alles nicht (mehr) – und viele ergänzen das mit dem Hinweis, sie hätten Angst.

Solange die Kombination von Komplexität und Konfusion nicht aufgelöst wird, bleibt man allerdings in diesem Grunddilemma fixiert. Das situative Krisenmanagement springt vom Heizungsgesetz zum Bürgergeld, vom Klimaschutzgesetz zur Einwanderungsregelung, von der Kindergrundsicherung zum Fernstraßenbau – und zu jedem Thema kann man trefflich streiten. Was fehlt, ist, jenseits der Konfliktetails, eine Erklärungsleistung zu erbringen. Was diese Gesellschaft zusammenhält, wie sie morgen aussehen soll und welche Schritte man dazu in welcher Reihenfolge unternehmen muss, das interessiert die Leute: Wo soll Deutschland in zehn, 20 oder 30 Jahren stehen?

Kurzum, die Leute wollen Antworten auf die großen Fragen der Zeit und verzweifeln an der strategischen Sprach-

losigkeit der Politik. Empirische Studien zeigen ein alarmierendes Ergebnis: Viele Menschen vertrauen Politik und Medien immer weniger und haben große Zukunftsängste. Der Glaube an die Lösungskompetenz der Politik ist geschwunden – und die Sinnfrage bleibt unbeantwortet. Man könnte auch von geistiger Not sprechen.

Frühere Epochen lieferten Orientierungswissen – auch im Pro und Contra. Die Ära Adenauer war mit Wiederaufbau, Wiederbewaffnung und Westbindung voll beschäftigt, die Ära Brandt mit Demokratisierung und Ost-West-Entspannung, die Ära Kohl mit Europa und deutscher Einheit, die Ära Merkel mit permanentem Krisenmanagement.

Es geht dabei nicht um irgendwelche Klein-Klein-Lösungen im Routine-Tagesgeschäft. Es geht um große kulturelle Kraftanstrengungen

Olaf Scholz spricht Macht Worte – ohne genau zu definieren, wohin die jeweilige „Zeitenwende“ führen wird. Gleichzeitig wandelt sich die Welt immer schneller. So ist sie aus den Fugen geraten, ohne dass ein neuer Bauplan zur Verfügung steht.

Niemand erlangt auch nur ansatzweise eine Deutungshoheit zur politischen Lage. Hektisch sprunghafte Informationen, die keinen Zusammenhang vermitteln, die keine Orientierung bieten, machen die Identitätskrisen unvermeidlich. Die Politik hat ja sogar selbst den Überblick über die vielen Förderpötte verloren. Kann man so der Zukunft eine klug kalkulierte Chance geben? Wohl kaum.

Von Krise zu Krise

Europa driftet von Krise zu Krise. Von der Corona-Pandemie zum Ukraine-Krieg, von der Anhäufung der Schuldenberge über die Sorge um die Arbeitslosigkeit bis hin zur weltpolitischen Mitverantwortung in einer unfriedlichen Epoche – der Kontinent erscheint ratlos. Der Kontinent müsste Zukunftsstrategien entwickeln, die Elemente der Erfahrungsgemeinschaft in stabile Formen der Identität übertragen lassen. Es geht dabei nicht um irgendwelche Klein-Klein-Lösungen im Routine-Tagesgeschäft. Es geht um große kulturelle Kraftanstrengungen.

Die Forderung nach begreifbarer Identität ist keine Banalität. Jedes politische System bedarf zur Gewährleistung seiner Handlungsfähigkeit eines Rahmens, auf den sich die Begründungen für Positionen und Prioritäten beziehen. Es bedarf der Filter zum Ordnen aller eingehenden Informationen. Halten wir uns vor Augen, wie beispiels-

weise Europa die diversen Schichten der Identität abgelagert hat: Europa war immer zugleich ein geografischer und ein normativer Begriff. Es war von Anfang an nicht nur ein geografisches Gebilde, sondern auch eine Sammlung von normativen Elementen. Europäer haben immer die politischen Grenzen des Kontinents hinterfragt.

Es geht um das neue Europa

Europa und Deutschland müssen sich also aktuell als Strategie-Gemeinschaft begreifen, die einen gemeinsamen normativen Horizont realisiert. Es geht nicht um Traamtänzerie in eine neue historische Epoche; es geht um die normativ fundierte Gestaltung von Interdependenz. Die Dichte der Verwebung von politischen, ökonomischen, kulturellen, digitalen Sachverhalten hat sich längst jenseits traditioneller Grenzen des Nationalen wie des Regionalen realisiert. Das alles zusammen ist eine wirklich große historische Aufgabe. Es geht um das neue Europa.

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Krisen haben zunächst Problemdruck ausgelöst, dann zu Lernprozessen geführt

Der demoskopische Befund: gesunkenes Vertrauen in die Regierung und gesunkene Zufriedenheit mit der Arbeit des Kanzlers

und schließlich zu Problemlösungen. Fehlende Antworten auf die Sinnfrage haben zu Katastrophen geführt. Die Orientierung für das neue Europa ist also der wesentliche Beitrag zur Vermeidung neuer Katastrophen. Das Defizit an strategischem Denken erweist sich als die eigentliche Achillesferse.

Tatsächlich existiert bisher keine Agenda, die Deutschland und Europa in den aktuellen Konflikten nun Orientierung bieten könnte. Erst wenn es gelingt, eine Kultur des strategischen Denkens zu entwickeln, wird die Politik einen selbstverständlichen Fixpunkt für die Argumentation und die Identitätsarchitektur bieten. Wir sehen also: Die Lage ist höchst kompliziert. Sie entzieht sich unseren bisherigen Beschreibungsversuchen und unserem

traditionellen Vokabular. Zu dramatisch, zu tiefgreifend, zu aufregend und zu undurchsichtig wird die Politik vom Wandel erfasst. Es wäre eine Verharmlosung, nur mit dem bekannten Routine-Pathos zu antworten.

Befreiung aus strategischer Notlage

Diese grundsätzlichen Erkenntnisse erhalten immer wieder ein aktuelles, konkretes Gesicht in der Form der demoskopischen Daten. So meldete „Forsa aktuell“ im Juli, dass die Ampel-Koalition in schwerem Fahrwasser und das Vertrauen der Bürger zur selbsternannten „Fortschrittskoalition“ auf einem Tiefststand sei. Im Detail: gesunkenes Vertrauen in die zentralen Akteure der Bundesregierung und gesunkene Zufriedenheit mit der Arbeit des Bundeskanzlers.

Das Institut für Demoskopie Allensbach wartet mit einem weiteren beunruhigenden Befund auf: Die Mehrheit der Deutschen meint, keinen Einfluss mehr auf das zu haben, was politisch geschieht. Es gibt also keinen anderen Ausweg: Wir müssen uns aus der strategischen Notlage befreien. ■